

FAIRE LÖHNE & GUTE ARBEIT

Gute Arbeit, gerechte Löhne, faire Arbeitszeiten – mit dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium wird in Sachsen wieder Arbeitsmarktpolitik gestaltet. Besonderes Augenmerk gilt Jugendlichen sowie Langzeitarbeitslosen und deren Familien, für die wir wirksame Förderprogramme entwickelt haben. Denn wir brauchen jede und jeden.

AUSGANGSLAGE 2014

Sachsen war „Niedriglohnland“. Es belegte deutschlandweit einen der letzten Plätze gemessen an den Durchschnittslöhnen. Schwarzgelb lehnte die Einführung eines Mindestlohnes kategorisch an und warb sogar mit der geringen Tarifbindung um Investoren. Fachkräfte, die in Sachsen dringend benötigt wurden, wanderten ab. Langzeitarbeitslose wurden links liegen gelassen, Mittel für Förderprogramme wie den Kommunal-Kombi einfach gestrichen.

WAS HAT DIE SPD IM LANDTAG GEMACHT?

Unsere Politik steht unter dem Motto „**GUTE ARBEIT FÜR SACHSEN**“. Seit der Einführung des Mindestlohns 2015 sind viele Minijobs in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden: Bis Ende September 2018 lag das Plus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei 7,4 Prozent.

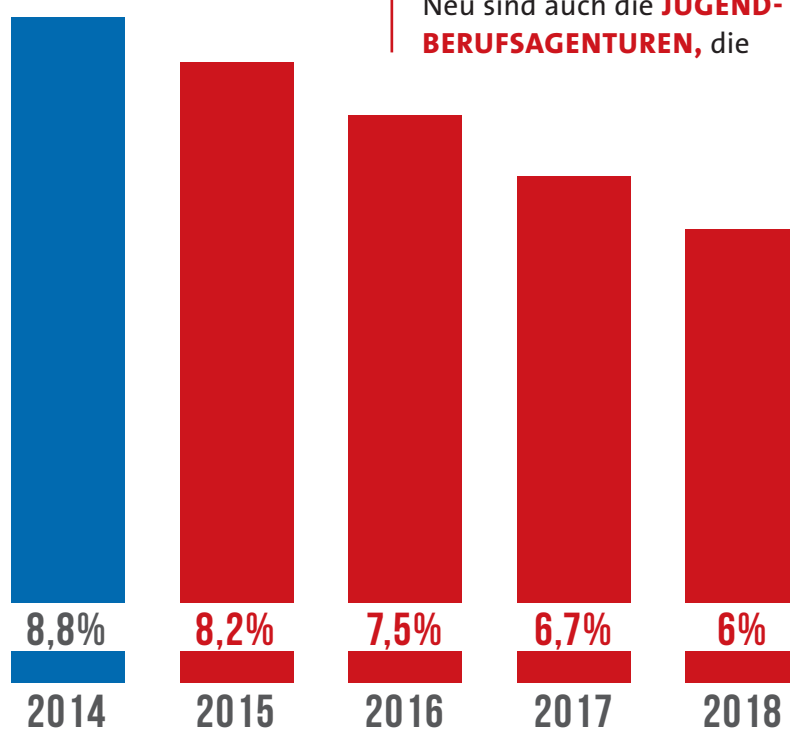
Unternehmen und Betriebe, die ihre Mitarbeiter nach Tarif bezahlen, unterstützen wir mit einem **BONUS BEI DER INNOVATIONSFÖRDERUNG**.

Befristungen im öffentlichen Dienst schränken wir ein, insbesondere an den Hochschulen, um den Fachkräften von morgen gute Perspektiven für die Zukunft zu bieten.

Mit **FACHKRÄFTEALLIANZEN** setzen wir uns gemeinsam mit Kommunen, Gewerkschaften und Kammern für die Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte ein.

Mit den neuen Programmen **TANDEM UND SOZIALER ARBEITSMARKT** unterstützen wir besonders Familien, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind (13 Millionen Euro pro Jahr).

Neu sind auch die **JUGENDBERUFSAGENTUREN**, die



ARBEITSLOSIGKEIT IN SACHSEN

Beratung und Unterstützung aus einer Hand bieten - damit allen Jugendlichen der Einstieg ins Berufsleben gelingt.

Wir setzen uns für eine **STÄRKERE TARIFBINDUNG** ein, denn in Betrieben in denen Tarif gezahlt wird, gibt es nachweislich höhere Löhne und besserer Arbeitsbedingungen.

FRAGEN UND ANTWORTEN

Warum sind die Löhne in Sachsen und dem gesamten Osten immer noch geringer als im Westen Deutschlands?

In Sachsen sind wenige Unternehmen, aber leider auch zu wenige

KONKRET

- Programme Tandem und Sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose in ganz Sachsen erfolgreich eingeführt
- Aufbau von Jugendberufsagenturen „Wir brauchen jede und jeden“
- Konzentrierte Fachkräftewerbung mit landesweiter und regionaler Fachkräfteallianz
- Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt von 8,8 Prozent (2014) auf 6 Prozent (2018) gesenkt
- Stärkung Arbeitsschutz
- Programm Arbeitsmarktmentoren zur Integration von Geflüchteten

	2014	2019
Langzeitarbeitslose	67.920	46.185
Brutto-Durchschnittslohn	2.460 Euro/Monat	2.670 Euro/Monat

Arbeitnehmer in Verbänden und Gewerkschaften organisiert. Daher gibt es weniger Tariflöhne, so dass das Lohnniveau allgemein niedriger ist.

Warum zahlen die sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen höheren Beitrag zur Pflegeversicherung als Arbeitnehmer in anderen Bundesländern?

Zur Finanzierung der Pflegeversicherung wurde 1994 der Buß- und Bettag bundesweit abgeschafft. Die Die sächsische CDU wollte den Buß- und Bettag aber unbedingt behalten. Und nahm damit in Kauf, dass die sächsischen Arbeitnehmer einen um 0,5 Prozent höheren Beiträge zur Pflegeversicherung zahlen müssen.

Weshalb wird in Sachsen die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht an Bedingungen wie Tariftreue gebunden?

Unserer Meinung nach sollten die Unternehmen

bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden, die Tariflöhne zahlen. Leider ist die CDU unseren Vorschlägen für ein modernes und faires Vergabegesetz nicht gefolgt.

Ein zeitgemäßes Vergabegesetz für Sachsen muss aus Sicht der SPD-Fraktion drei Punkte zwingend enthalten:

Erstens eine Tariftreueklausel. Unternehmen, die sich an Tarife halten, sollen bei öffentlichen Vergaben bevorzugt werden.

Zweitens einen Vergabemindestlohn. Nur, wer mindestens zwölf Euro pro Stunde zahlt, sollte von der öffentlichen Hand Aufträge bekommen.

Drittens sollen ökologische Kriterien mit in das Vergaberecht aufgenommen werden. Diese gehen von den Rohstoffen über die Herstellung und Nutzung eines Produktes bis hin zur Entsorgung und der Frage seiner Energiebilanz.

PARLAMENTARISCHE INITIATIVEN

6/3981 Jugendberufsagenturen
6/ 16356 Wir brauchen jede und jeden - Leistungsfähige Jugendberufsagenturen für Sachsen

6/5550 DHH 2017/18
6/13900 DHH 2019/20
6/73475 Integration fördern durch Teilhabe am Arbeitsmarkt

Eine Information der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag zur parlamentarischen Arbeit in der 6. Legislatur.

SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG
BERNHARD-VON-LINDENAU-PLATZ 1, 01067 DRESDEN

DAS KANN SICH SEHEN LASSEN.

